

Landesverband
Sachsen e.V.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Wachstumsrelevante Aussagen und Auslassungen im sächsischen Koalitionsvertrag von CDU und SPD von 2014 Analysen und Konsequenzen

Grundlagen: Wachstum und Umweltschutz

Umweltschutz steht in einem Spannungsverhältnis zur heute alles dominierenden Wachstumsidee. Denn für den Umweltschutz reichen ausschließlich technischen Maßnahmen nicht aus, weil die Probleme dafür schlicht zu groß sind. Es sind auch Verhaltensänderungen nötig, also Suffizienz. Am Beispiel des Klimawandels erläutert: Nicht nur Windräder und Energieeffizienz, sondern auch weniger Autofahren und weniger Fliegen gehören zu dauerhaft und global durchhaltbaren, also nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen (näher dazu das Energie- und Klimakonzept für Sachsen des BUND von 2014). Nun kann man technische Neuerungen verkaufen und damit Wachstum erzeugen – Suffizienz dagegen heißt, dass weniger verkauft wird, etwa weniger Autos und weniger Urlaubsflüge. Damit stellt Suffizienz die Wachstumsgesellschaft in Frage. Dies erfordert intelligente Lösungskonzepte für gesellschaftliche Bereiche, die bisher teilweise vom Wachstum abhängen, etwa für den Arbeitsmarkt, die Staatsverschuldung, die Rentenversicherung und das Bankenwesen mit seinem Zinssystem. Dies wird nicht einfach; eine Alternative hierzu ist jedoch nicht ersichtlich angesichts der verheerenden – auch ökonomischen – Folgen, die sich ergeben würden, wenn man stattdessen beispielsweise den Klimawandel weiter laufen lassen würde. Aufgrund dieser Folgen ist Umweltschutz wirtschaftlich sogar dann sinnvoll, wenn er die Abkehr vom Wachstum bedeutet.

Die von Ökonomen propagierte Hoffnung, Wachstum und Umweltschutz gingen automatisch zusammen, ist damit unrealistisch. Konzepte von „qualitativem“ oder

„grünem“ Wachstum, also einem wirtschaftlichen Wachstum, das vom Ressourceneinsatz entkoppelt ist, werden dieses Problem mit einer erheblichen Wahrscheinlichkeit nicht vollständig beseitigen. Am Ende werden durch mehr Wohlstand doch immer auch mehr oder zumindest gleichbleibend viele Ressourcen verbraucht. Die „Entkopplung“ dahingehend, dass der Umweltverbrauch bei anhaltendem Wachstum in absoluten Zahlen drastisch sinkt, bleibt ein Wunschtraum ohne Entsprechung in der Realität. Vor diesem gesamten Hintergrund hat der BUND Sachsen analysiert, inwieweit die Wachstumsproblematik in der Sächsischen Staatsregierung aus CDU und SPD mittlerweile angekommen ist und ob die Staatsregierung strukturiert an Wegen zu einer Wirtschaft arbeitet, die aus ökologischen Gründen früher oder später keine Wachstumswirtschaft mehr werden können. Nachstehend dokumentieren wir die relevanten Aussagen im Koalitionsvertrag – nicht zuletzt auch solche, denen man den Wachstumsbezug vielleicht nicht sofort ansieht. Ziel ist es, die entsprechenden Passagen zu analysieren; das Entwickeln alternativer Konzepte ist nicht der Fokus dieses Papiers.

Wirtschaft, Bildung und Finanzen

Als erstes fällt der Blick auf das Kapitel Wirtschaftspolitik im Koalitionsvertrag, zumal die Staatsregierung hier offenkundig ihren wichtigsten Schwerpunkt sieht. Schon die Betitelung des Kapitels zur sächsischen Wirtschaft (starke Wirtschaft) unterstreicht den Fokus der Koalition auf Wachstum. Der Wohlstand, vor allem der mittelständischen Unternehmen, soll gesichert und ausgebaut werden. Dabei möchte

man ökologischen Anforderungen entsprechen, konkrete Maßnahmen werden diesbezüglich jedoch nicht genannt. Das Wort „nachhaltig“ wird mehrfach benutzt, steht hier aber vielmehr entsprechend der Umgangssprache für „beständig“, also nicht für dauerhaft und global durchhaltbare Lebens- und Wirtschaftsweisen. Ein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag ist die regionale Wirtschaft. Zudem soll das Handwerk als Wachstumsmotor gefördert werden, indem schon der Schulunterricht an dessen Bedürfnisse angepasst wird. Die Koalition möchte ferner bestimmte Dinge modernisieren, indem sie die Förderung von Innovationen, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten steigert, das Vergabegesetz weiterentwickelt und sich zur Industrie 4.0 und dem Internet der Dinge bekennt. Die Koalition bekennt sich ferner zur sächsischen Bergbautradition bezogen auf Ressourcen und auch zur Braunkohle. Dabei ist stets von Nachhaltigkeit die Rede, ohne dass freilich konkrete und verbindliche Schritte zu weniger Ressourcenverbrauch, mehr Kreislaufwirtschaft und weniger Emissionen sichtbar werden. Besonders betont wird im Koalitionsvertrag die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), beispielsweise durch Bürokratieabbau und zusätzlich steuerliche Forschungs- und Entwicklungs-(FuE-)Förderung auf der Bundesebene als Forderung. Eine Innovationsplattform sowie Technologiescouts sollen Projektpartner aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammenführen, deren Nutzung koordiniert und beratend begleitet wird. Die Verwertung von Konzeptideen zu tragfähigen Geschäftsmodellen seien Schlüsselpunkte für Innovationen, daher sollen Gründerberater verstärkt qualifiziert, Patentinformationszentren weiterentwickelt und Gründerbera-

tung und -coaching noch vor Abschluss des Studiums angeboten werden.

Die Koalition ist ferner besonders an einigen Wirtschaftszweigen interessiert, denen sie spezielle Wachstumspotenziale attestiert. Solche Potenziale ergäben sich für die Bereiche Mikroelektronik (Chip-Technologie), Software und Informationstechnologie, die durch IT-/ Software-Cluster gefördert werden sollen. Gute Aus- und Weiterbildung, verfügbare Fachkräfte und Forschung sowie der Aufbau/ Ansiedlung eines Instituts für angewandte Softwareforschung seien deshalb zu gewährleisten. Auch digitale Technologien haben nach Auffassung der Koalition für Sachsen enormes Potenzial für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Auch eine moderne Verwaltung hin zu mehr elektronischer Datenverarbeitung soll durch die Weiterentwicklung der Sächsischen Informatik Dienste (SID) angetrieben werden. Für eine bessere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft wird der Beirat „Digitale Wertschöpfung“ gegründet. Auch die Medienpolitik und eine Wiederbelebung der sächsischen Filmwirtschaft (Mitteldeutsche Medienförderung, Kinder- und Animationsfilme) böten große Chancen, ebenso aber auch die Tourismuspolitik. Hier gibt es das Vorhaben der Koalition, attraktive und leistungsfähige Destinationen in allen Teilen Sachsens entstehen zu lassen.

Das damit beschriebene Programm hat eine Reihe von Implikationen für das Wachstumsthema:

- Grundsätzlich erstrebt die Koalition Wachstum offenbar als zentrales Ziel. Die eingangs dieses Papiers geschilderte Problematik wird in keiner Weise reflektiert.
- Konkrete Bemühungen, vor allem

auf Unternehmen zu setzen, die auch in einer Postwachstumsgesellschaft eine Zukunft haben, sind kaum erkennbar. Das wären primär Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen mit einem kleinen ökologischen Fußabdruck anbieten. Das Setzen auf Bereiche wie Digitaltechnologie und Mikroelektronik kann ggf. in diese Richtung weisen, es kommt jedoch weitgehend auf die konkreten Produkte und Produktionsbedingungen an.

- Das Fördern der KMU kann von Wachstumszwängen, denen gerade Kapitalgesellschaften unterliegen, je nach Ausgestaltung unabhängiger machen und zudem regionale Wertschöpfungs- und Stoffkreisläufe begünstigen. Zu fragen wäre jedoch, ob dieser Fokus von der Koalition tatsächlich so intendiert ist – und welche konkreten Möglichkeiten diesbezüglich ein Bundesland (hier Sachsen) im Rahmen seiner stets relativ begrenzten Gesetzgebungszuständigkeit überhaupt hat.
- Maßnahmen, die Unternehmen befähigen würden, in einer nicht auf Wachstum basierenden Wirtschaft zu existieren, werden weder geplant noch überhaupt als möglicherweise notwendig thematisiert.
- Wissenschaft wird offenbar weitgehend mit Natur- und Technikwissenschaft gleichgesetzt, was den Irrtum fortzuschreiben scheint, dass eine ökologische Wende auf rein technischem Wege möglich sei.

Auch die Bildungspolitik wird im Koalitionsvertrag letztlich als eine Art Annex der Wirtschaftspolitik entwickelt. Die Strategie der Koalitionspartner lautet: wirtschaftli-

che Stärke durch Bildung und Kultur. Damit Wachstum generiert sowie eine Neuan siedlung für Unternehmen attraktiv ist, benötigt Sachsen eine leistungsfähige Infrastruktur und eine sichere Energieversorgung besonders für KMU. Die Basis für Wachstum sollen ein stabiler Mittelstand, gut ausgebildete Fachkräfte und eine Willkommenskultur bilden. Das Hauptaugenmerk wird auf die Entwicklung der Zentren gelegt und die Einstellung neuer Lehrer*innen forciert werden. Eine Steigerung der Anzahl qualifizierter Schulabgänger soll u.a. durch eine früher beginnende Berufs- und Studienberatung erfolgen. Ein weiterhin gebührenfreies Studium, die Mobilität (Semesterticket) für Studierende sowie mehr Masterstudiengänge sind zu gewährleisten. Auf Bundesebene wird für berufsbegleitende Studien und die Aufhebung von Altersgrenzen (lebenslanges Lernen) geworben. Neue Lehr- und Lernformen sowie der Ausbau von Weiterbildungsmöglichkeiten sind wichtig für eine passgenaue Entwicklung. Dafür ist für eine verstärkte Lehrerbildung, aber auch Mindeststandards für befristete Arbeitsverhältnisse an Hochschulen sowie Frauen in Führungspositionen zu sorgen. Die Nachwuchsgewinnung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sei zu verstärken (Landesgraduier tenförderung). Um Sachsen als Innovationsland erhalten zu können, seien Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung weiter auszubauen, dafür sollen mindestens 3 % des BIP Sachsen investiert werden. Besonders der Wachstumsbereich Biotechnologie werde weiter gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt stelle der Technologietransfer (Wissenschaft zu Wirtschaft) dar. Deshalb seien außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Wirtschaft, aber auch Career Cen-

ter zu fördern.

Auch diese Programmatik hat Implikationen für das Wachstumsthema:

- Wiederholt wird der oben kritisierte Fokus besonders auf die Natur- und Technikwissenschaften, wenigstens implizit, denn nur dort lässt sich sinnvoll von Technologietransfer usw. reden.
- Auch die stärkere Orientierung der Bildung auf den Arbeitsmarkt ist (als seit langem gepflegtes Mantra) letztlich der Logik einer Wachstumsgesellschaft verpflichtet – sofern man damit nicht meint, dass junge Menschen lernen sollen, sich in einer Postwachstumsgesellschaft zurechtzufinden (und so liest sich der Text nicht).
- Zudem wird auch im Bildungsbe-
reich ganz explizit Wachstum als Ziel erwähnt.
- Die Frage, wie technische Innovationen in einer Postwachstumsgesellschaft finanziert werden sollen, wird nicht explizit gestellt, obwohl gerade dann, wenn das Bankenwesen in seiner herkömmlichen Form unter Postwachstumsbedingungen ggf. nicht mehr existenzfähig ist, der Staat gefragt sein könnte.

Unter der Überschrift „solide Finanzen“ bekennt sich die schwarz-rote Koalition erneut zum Wachstumsparadigma und möchte, um „ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsstandort zu bleiben“, auf hohem Niveau investieren. Als Subventionen vom Freistaat ausgegebene Gelder sollen einer „modernen Infrastruktur“, der Wirtschaftsförderung sowie einer weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen zugutekommen. Dabei sieht die Landesregierung auch

in dieser Legislaturperiode davon ab, netto neue Kredite aufzunehmen.

- Auch hier bleibt erneut unklar, inwieweit Subventionen beispielsweise verstärkt in Bereiche gelenkt werden sollen, wo sich Unternehmen befinden, die auch in einer Postwachstumsgesellschaft existieren können. Erleichterungen bei Abgabentatbeständen für die Braunkohleförderung z. B. sind in diesem Sinne eine verfehlte Subvention respektive Wirtschaftsförderung. Die allgemeine Rede von einer „Erleichterung der Lebensbedingungen“ kann in sehr unterschiedliche Richtungen interpretiert werden.
- Nicht explizit sichtbar sind auch Konzepte für den Staatshaushalt nach den Zeiten des Wachstums, die sich ggf. auf die Einnahmehasis auswirken dürften. Das Absehen von neuer Verschuldung weist insoweit aber in die richtige Richtung, als damit die Abhängigkeit von Wachstum gerade gemindert wird.

A Arbeit und Soziales

Will bzw. muss man schon unter ökologischen Gesichtspunkten über die Wachstumsgesellschaft hinauskommen, stellen sich auch Fragen für den Arbeitsmarkt sowie für die sozialen Sicherungssysteme. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele im Arbeitskapitel beziehen sich vor allem auf die beiden großen Themen „Löhne“ und „Aufwertung des Arbeitsmarktes Sachsens“. Die Landesregierung stellt fest, dass eine soziale Markt-

wirtschaft nur mit einer starken Sozialpartnerschaft funktioniert, jedoch geht diese soziale Partnerschaft nicht über eine geplante Ausweitung der Tarifbindung hinaus. Nachhaltige Arbeit bedeutet für die Koalition vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Weiterbildung und lebenslanges Lernen angesichts des raschen Wandels von Arbeitswelt und Gesellschaft. Die Koalitionsparteien wollen ferner die Leiharbeit zu dem zurückführen, wofür sie eigentlich gedacht sei: ein zeitlich begrenztes Mittel zur Überbrückung großer Auftragschwankungen in Unternehmen. Ferner sei Offenheit gegenüber hochqualifizierten ausländischen Fachkräften für Sachsen wichtig. Diese sollen laut CDU und SPD die Zukunft sichern und die Chancen im internationalen Wettbewerb verbessern.

Wiederum stellt sich die Frage, wie hier die Wachstumsbezüge liegen:

- Konzepte für die Zeit, in der Wachstumsraten nicht mehr für stabile Arbeitsplätze trotz technischer Rationalisierung sorgen könnten, sind im Koalitionsvertrag nicht erkennbar.
- Ebenso sind keine Konzepte dafür erkennbar, wie die soziale Sicherung weiter gestaltet werden könnte, wenn nicht wie bislang z. B. die Rentenversicherung durch Wachstum stabilisiert werden kann. Konzepte wie ein Grundeinkommen – auch wenn die Koalition dieses nur über eine Bundesratsinitiative verfolgen und nicht eigenständig in Sachsen einführen könnte – sucht man im Koalitionsvertrag vergeblich.
- Auch eine Diskussion darüber, was gesellschaftlich überhaupt Arbeit ist

und welches ihre Rolle ist, fällt zugunsten des klassischen Verständnisses von Lohnarbeit letztlich aus.

Energie-, Verkehrspolitik und Landwirtschaft

Die Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik sind (wie der explizit Umweltpolitik heiende Politikbereich) in hohem Maße ökologisch relevant, vorliegend interessiert indes nicht dies direkt, sondern die Wachstumsrelevanz der getroffenen Aussagen. Der Koalitionsvertrag propagiert die schrittweise Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, ohne allerdings bei den konkreten Fragen wie beim mittelfristig dringend nötigen Braunkohleausstieg irgendeine konkrete Aussage zu machen. Jenseits der ökologisch sinnvollerer planerischen Besserstellung der Windenergie sind sonstige genannte Präferenzen wie zugunsten der energetischen Wohnraumsanierung oder der allgemein gesteigerten Energieeffizienz mit dem Problem behaftet, dass nicht recht klar ist, welche Maßnahmen (zumindest begrenzt durch die eigene Gesetzgebungszuständigkeit) Sachsen hier konkret ergreifen soll. Die Entwicklung neuer Fahrzeug- und Mobilitätskonzepte sowie die Förderung von Straßen- und Stadtbahnen und die Entwicklung von Modellen zur Elektromobilität im ländlichen Raum und das stärkere Setzen auf Straßenerhaltung statt auf Neubau sowie das Setzen auf den Bahnverkehr fallen ökologisch zunächst positiv auf. Konkrete Umsetzungskonzepte sind auch hier freilich kaum erkennbar. Im Konkreten gibt es ganz gegenläufig zu den Absichtserklärungen z. B. eine lange Liste angemeldeter Straßenbauvorhaben für den Bundesverkehrswegeplan 2015. kologisch im negativen

Sinne bemerkenswert ist ferner die Wichtigkeit, mit der die beiden sächsischen Flughäfen bedacht werden. Leipzig-Halle soll eine führende Position im Frachtflugverkehr erlangen.

Im Bereich der Landwirtschaftspolitik ist ebenfalls kein Richtungswechsel erkennbar, auch wenn generell die Förderung des ökologischen Landbaus verbal positiv bedacht wird einschließlich einer (nicht näher erläuterten) Förderung von Vermarktungsstrukturen und Wertschöpfungsketten. Auffällig ist allerdings, dass im Koalitionsvertrag das Stichwort Energiesuffizienz fällt.

Was bedeutet all dies für die Wachstumsfrage?

- Ein konkreter Übergang zu unter Postwachstumsbedingungen überlebensfähigen Unternehmensgegenständen ist auch hier erneut nicht erkennbar.
- Ebenso werden auch in diesen direkt umweltrelevanten Kapiteln erneut sämtliche oben ange-mahnten Fragen nicht aufgemacht, geschweige denn beantwortet.

Demographie und sonstige Bereiche

Zuletzt sind einzelne weniger direkt zum Wachstumsthema gehörende Bereiche des Koalitionsvertrags kurz anzusprechen. Die Demographiepolitik der sächsischen Landesregierung reicht nicht viel weiter als 2019. Zwar hat die Landesregierung einige Vorschläge vorgelegt, doch diese sind vor allem eine Ansammlung von Programmen und Initiativen, die ohnehin schon existieren. Koalitionsvertrags-Kapitel wie „Inno-

vative und Bürgernahe Verwaltung“, „Justiz“, „Innere Sicherheit und Polizei“, „Brandschutz und Rettungsdienst“ sowie „Verfassung und Recht“ haben demgegenüber von vornherein weniger Bezug zum Wachstumsthema. Die Koalition möchte ehrenamtliches Engagement in seiner gesamten Breite fördern. Sie möchte ehrenamtliche Tätigkeit stärker als Vorbild für die Gesellschaft hervorheben.

Was heißt das für die Wachstumsdebatte?

- Wenn mehr Menschen bereit sind, sich ehrenamtlich für unterschiedlichste Zwecke einzusetzen, kommen wir vielleicht auch in Umweltfragen voran. Diesen Bezug macht die Staatsregierung so indes nicht auf.
- Weiterhin werden die wichtigsten Fragen der demographischen Entwicklung ausgelassen: Wie die Sozialsysteme in einer alternden Gesellschaft bezahlt, wie Mütter- oder Zuschussrenten und die ungedeckten Multimilliarden-Pensionsansprüche der Beamten bei gleichzeitiger Schuldenbremse finanziert werden sollen. Wie künftig die Generationengerechtigkeit gewährleistet werden kann und wie die leerlaufenden ländlichen Räume zu behandeln sind, denen noch immer der Anspruch „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ zugestanden wird?

Fazit

Trotz einzelner brauchbarer Ansätze hat der Koalitionsvertrag insgesamt weitgehende Defizite im Verständnis der Wachstumsproblematik und der aus ihr

resultierenden Konsequenzen für moderne Industriestaaten. Damit wird aktuell die Chance vergeben, sich auf absehbare gravierende Umbrüche rechtzeitig einzustellen. Der BUND wird den weiteren Umgang der Staatsregierung mit diesen Themen genau beobachten.

Autor*innen

Prof. Dr. Felix Ekardt, Nora Günther, Philipp Günther, Annemarie Kunz, Steffen Rohkohl (LAK Wirtschaft & Wachstum)